

Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 506.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 196.

Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Telefon Nr. 158. Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100.

Zweite Ausgabe

Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Telefon Nr. 158. Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100.

Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Telefon Nr. 158. Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100.

Mittwoch, 28. Oktober 1908.

Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Telefon Nr. 158. Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Postfach 100.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 28. Oktober.

Der Freisinn am Ende seines Weges.

Der neuen preussischen Landtagswahlen gehen nach der Ansicht an, und schon längst freigelegte Wähler ihren Neuen von Wahlmännern" erzählen. Wie die allgemeine und fastwilde Phrasen über die Arbeitslosigkeit und die Kampfgeist der Freisinnigen waren noch vor wenigen Wochen zu hören! Und jetzt, wo die Stunde naht, in der die schonen Worte in die Tat umgesetzt werden sollen, ist der Freisinn bereits müde. Er giebt die Hauptkräfte über die Ohren und läßt sich eine gute Nacht entziehen.

Das „Berliner Tageblatt“, dessen Leitartikel vom 21. Oktober mit der Mitteilung von der im Freisinn herrschenden Wahlmüdigkeit verhandelt, geht in seinen bemerkenswerten Darlegungen aus von einer zur Nominierung der Kandidaten einberufenen liberalen Wählerversammlung im Kreise Landesberg-Soldin. Die Versammlung war außerordentlich schwach besucht, kaum drei Dutzend Freisinnige nahmen an ihr teil. Nach schlußender aber war die stürmische Lust, sich an der Wahl überhaupt zu beteiligen. Wie Zehntausende Wähler nach dem Berichte der „Frankf. Oderzeit.“ auswärts, hätten die liberalen Streikmänner von einer Wahlbeteiligung durchweg abgesehen. In verschiedenen Städten machte man sogar, daß sich kaum ein Wahlmann finden werde. Bei der letzten Landtagswahl zählte man 136 Liberale und 301 konservativ-Wahlmänner. Ob das Stimmverhältnis für die Liberalen dieses Mal günstiger ausfallen werde, sei sehr zu bezweifeln. Es sei nicht leicht, ein solches Ergebnis zu erzielen, da die sozialdemokratischen Stimmen für den Freisinn keinen Ausschlag geben. Die beiden Mandate seien für 1778 Eigentümern der Konservativen. Jeder sei es natürlich, daß der Liberalismus im Wahlkreise zurückbleibe. Die alten Liberalen werden allerdings auch, und viele treten nicht hinter.

Rechtlich wird man in freisinnigen Kreisen gemeint sein, diese erhehrenden Wahlmüdigkeit auf das vielgeschmähte Dreiklassenwahlrecht zurückzuführen. Auf Dr. Barth hat ja auf dem Parteitag der freisinnigen Vereinigung erklärt: „Solange das Dreiklassenwahlrecht besteht, ist es ausgeschlossen, daß die Liberalen Einfluß in der Volksvertretung gewinnen.“ Doch über diese Schwärze auf das „schändliche alte Wahlrecht“ nur eine von der Verlegenheit diktierte Blasebrosche. Ist ohne weiteres klar, man braucht sich dazu nur des außerordentlich starken Einflusses zu erinnern, den der Liberalismus zur Konstitution und bis in die jüngste Spitze hinein in Preußen gehabt hat. Das „Berliner Tageblatt“ ist denn hier auch wenigstens so ehrlich, dem Dreiklassenwahlrecht nicht die alleinige Schuld an der Wahlmüdigkeit des Freisinnigen zuzuschreiben:

„Weil hat das Dreiklassenwahlrecht an dieser Wahlmüdigkeit keinen erheblichen Anteil. Über es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man darin die alleinige Schuld finden. In der Demokratie ist die Wahlmüdigkeit ein notwendiges Attribut. Sie ist nicht zu vermeiden, und es ist nicht zu vermeiden, daß sie sich auch in der eigentlichen Form der Wahlmüdigkeit zu äußern. Es ist zuletzt die verhängnisvolle Tatsache, daß das Dreiklassenwahlrecht die Erhaltung und Wahrung der politischen Rechte seiner Ausübung mehr verleiht. Es ist fast und fast vollständig zu vermeiden. Die Entscheidung des Deutschen Reiches hat die wirtschaftlichen Güter so erheblich vermindert, daß man den politischen Gütern keine große Bedeutung mehr beilegt. Zweifellos liegt hier ein gefährlicher Zeugnis vor. Man überlegt, daß die liberale Ausgestaltung des Reiches war, die auch die wirtschaftlichen Kräfte erstreckte und nach allen Seiten hin ausbreitete. Aber man hat sich nicht genug betätigt. Was man erinnern haben, daß können wir auch wieder verlieren. Das deutsche Bürgerum gleicht heute einigermaßen dem Mann im Sverland der bekannten Parabel, der hilflos an Brunnentende hängt. Von oben beherrscht es das Sauer des Reiches, von unten drängen die imperialen Kräfte an den Bürgeln des modernen Staates. Will sich das Bürgerum wirklich über die Gefahr der Lage hinwegsetzen, zu schreiben damit, daß es jetzt noch „Neuen schenken“ kann? Dann darf es sich nicht wundern, wenn es plötzlich aus den letzten Halt weicht und in den Dämmen fällt. . . . Wenn die Wahlen jetzt vor den Wahlen stehen, dann werden sie nach den Wahlen für unannehmlich gemacht werden. Aber dann wird es zu spät sein.“

Das Berliner Freisinnigkeit verliert natürlich unter „Bürgerum“ immer das freisinnige Bürgerum, und mit dieser ledigen Veränderung wird man seine Ausführungen im ganzen nur unterstützen können. Das freisinnige Bürgerum ist müde, aber nicht müde von großen und anstrengenden Arbeiten — wo hätte der Freisinn solche in den letzten Jahren und Jahrzehnten geleistet? — sondern müde von Mühen und Anstrengungen. Der Freisinn ist am Ende seines Weges angekommen, er geht zu Grunde an seiner eigenen Unfähigkeit zum Auf- und Ausbau des Staatsgedankens. Wenn sich die National-liberalen mit ihm noch im letzten Augenblicke verbindet, so arbeiten sie nur an ihrem eigenen Ruin. Man wird sich, wenn sie sich nicht bald wieder auf sich selbst besinnen, mit dem Freisinn begraben.

Die Falsch.

Obwohl unsere Regierung in den letzten Jahren auf allen Gebieten in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung dem Liberalismus Zugeländnis auf Zugeländnis gemacht hat auf Kosten alles dessen, was Preußen und Deutschland eben zur Größe und Stärke verholfen hatte, schreibt der Liberalismus in seinen Wahlaufrufen den National-liberalen bis zu dem sozialdemokratischen Fingel hinüber über drohende Reaktion. Da man dem Volke nichts Lebensdienliches zu bieten hat, malt man Gespenster und Schatten an die Wand. Und wenn dabei noch bei der Wahrheit geblieben würde! Aber was soll man dazu sagen, wenn der national-liberale Wahlaufruf der angelegentlich konterkarativ-utnanten Vereinigung vorwirft, daß sie bei der Regelung der Schulunterhaltungspflicht befristet sei, „die Schule kirchlicher Herrschaft zu unterwerfen“? Die national-liberale Parteilichkeit muß doch so gut wie irgend jemand sonst gehabt haben, daß in der letzten Session aus Anlaß der Interpellation des Grafen Stani sowohl von diesem letzten und seinen politischen Freunden, als auch von dem freisinnigen Führer und anderen Rednern der Reaktion ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß konterkarativ-utnanten, falls zur Zeit nicht daran gedacht werde, auf die Forderungen des beschließigen Gesellschafts zurückzuführen, sondern daß man in Erkenntnis der Lasten der von gegenwärtigen Undurchführbarkeit dieser Forderungen sich darauf beschränkte, die allgemein anerkannten Uebelstände auf dem Gebiete der Schulunterhaltungspflicht beseitigen zu wollen. Wie schäme man sich um eine Partei stehen, die so gänzlich für ein geundenes Forderung ist. Auf dem Grunde ihres Herzens schäme man sich freilich der Wunsch, daß der Mittelstand „doch geandert“ werden möge. Aber angesichts der dringenden Notwendigkeit der Forderungen zur Verhütung von Notstandsmaßnahmen mag sie gar nicht, diese Forderung zur Wahlparole zu machen, wenigstens nicht zur offenern. Und darin tut sie klug. Denn wenn wirklich eine Mehrheit zu stande käme, welche den Mittelstand zur Bedingung für die Forderungen machte, so würde eine derartige Politik eigenmächtig Kundgebung vielleicht zu einem Angelegenheitsverfall führen, ungeschickter aber das Grab in der Richtung des Volkes graben. Auch damit ist es noch nicht. Eine Wahlparole muß man aber haben, also müssen wieder Redensarten herbesuchen, um die Wähler anzulocken, und da wird denn das „schändliche alte Wahlrecht“, das Dreiklassenwahlrecht, herbeigezogen. Man traut seinen Augen kaum — die Parteien des Reichstages in des Volkes hundertfachen Sinne, deren ganzer Einfluß lediglich und allein auf der Macht ihres Geldes beruht, wagen es, dem Volke die Gulenpiegel vorzumalen, als ob sie nicht gerade an dem Dreiklassenwahlrecht noch den letzten Stützpunkt hätten! Wohin sind denn der Freisinn und die National-liberalen bei den Reichstagswahlen mit dem allgemeinen Wahlrecht gekommen? Der erriere war bei den Hauptwahlen von der Wählfrage verhandelt, und die National-liberalen haben es glücklich auf ganze fünf Sitze gebracht. Erst auf den Krisiden der Sozialdemokratie einerseits und der gutmütigen national-gesunden Wähler andererseits sind sie in den Reichstag in leiblicher Stärke wieder hineingekumpelt. Wären sie noch einer Wahlparole jüden, so lange sie wollen. Der deutsche Mittelstand, um dessen Namen es auch in diesem Kampfe geht, kennt seine Wahlparole; indem er für seinen eigenen Bestand in Stadt und Land kämpft, freilich er zugleich auch mit Gott für König und Vaterland.

Se. Maj. der Kaiser machte Montag nachmittags einen längeren Spazierritt über Geln, Seunberg und Bornimer Amt. Zur Abendstunde waren keine Einladungen ergangen, Dienstag vormittag unternahm er einen Spaziergang und hörte um 10 Uhr den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts Generaladjutanten Generalleutnants Grafen v. Güllens-Fäler.

Zum Zarenbesuch in Wiesbaden. Die „Magd. Bl.“ schreibt: Es befindet sich, daß vor der Rückreise nach Russland Zar Nikolaus am 4. November in Wiesbaden mit unserem Kaiser eine Begegnung haben wird. Da sich Graf Kamsdorff im Gefolge des russischen Zaren befindet, so dürfte die Meldung, daß auch Graf Bismarck sich nach Wiesbaden begeben werde, den Tatsachen entsprechen. Auf der Rückreise von Paris nach Petersburg hat sich auch der russische Ministerpräsident v. Witte einen Tag in Darmstadt aufgehalten. Zu dieser Zusammenkunft in Wiesbaden ist die Bewegung von Zaren ausgenommen. Besonders politische Aspekte sind natürlich mit diesem Zusammenkunft nicht verbunden. Sie erklärt sich genügend durch den Wunsch des Zaren, den Kaiser zu begrüßen, nachdem er mehrere Wochen sich in Deutschland aufgehalten hat. Wenn russische Wähler sich mit der Zusammenkunft beschäftigen und daran knüpfen, daß eine Verbesserung der Handelsverträge erfolgen werde, so ist dies unbegründet. In diesem Stadium der Vorbereitungen für die Handelsverträge liegt für die Monarchen noch kein Anlaß vor, über diese Angelegenheit Verhandlungen abzuhalten.

Die nächstjährigen Mandate. Der „Nordd. Allg. Anz.“ schreibt: Der „Figuaro“ läßt sich aus Mexiko schreiben,

die nächstjährigen Mandate würden zwischen Mexiko und Spanien abgeteilt werden, dem Schloß der Hauptquartiere käme nach Bismarcks Tod, dem Schloß der Hauptquartiere. Die Mandate würden bei Mexiko verbleiben, das 14, 15, 16, und 2. bayerische Korps. Der Kommandant des „Figuaro“ in Mexiko hat eine feste Entlohnung. Wenn er den Herbst 1904 erhält, wird er sehen, daß die Kaisermandate in Mexiko abgeteilt werden, und daß nur zwei Armeekorps daran teilnehmen.

Personalangelegenheiten. Der Regent von Spanisch-Braun 1876 hat sich Dienstag nach Schloss Cerny, wo er seit den Mandaten sich aufhält, nach Schloss Cerny bei Landeb gegeben, um seine dortigen unangenehmen Beziehungen und die etwa durch das Kommando an Brücken und Kanälen angeordneten Verbesserungen zu beschließen. Eine dieser Besuche geht der Regent nach Garmisch-Partenkirchen. Der König von Spanien empfing den deutschen Kaiser v. Radomir in Kurland. — Zum Varrer der deutsch-evangelischen Gemeinde zu Zorn-Severin in Rumänien ist der Sozialreformer Arthur Hillig in Rostock berufen worden. — Der frühere Kommandant der Marine-Brigade v. D. O. ist bezeugt worden sein fünfjähriges Dienstverhältnis.

Auf Einladung des Fürsten Bismarck nimmt Graf Waldersee an den Tagen, die Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche im Willyard des Sachsenwaldes stattfinden. Zum Abschied können auch politische auch russischen Entscheidungen des Fürsten höchstenbelegene Wählweise.

Die Eisenbahnminister Wade wollte Dienstag vormittag zunächst einer Konferenz auf dem Zentralbahnhof zu Rangig bei und wurde nach dem Aufbruch, von wo aus eine Dampflok durch den Bahnhof, den neuen Hafen und die industriellen Anlagen an dem unternommen wurde. — Eisenbahnminister Wade empfing vor der Fahrt nach Kurland auf dem Zentralbahnhof eine Deputation der Eisenbahnarbeiter. Er äußerte sich wohlwollend den Wünschen der Arbeiter für gegenseitige und den für die gegenwärtigen Umformung der Eisenbahn in Eisenbahnpostenklasse besonders Beachtlichkeit genommen werden sollte. Es werde auch eine Verbesserung der Wäse eintreten. Dann warzte der Minister die Wäse der Sozialdemokratie und bezeichnete sie als nicht ein Eisenbahnminister, seinen Beziehungen von sozialdemokratischen Agitation sofort bezeugt zu werden. Schließlich erbat er allen Arbeitern seinen Gruß und dem Verprechen, was geschien käme, für das Arbeiterwohl zu tun.

Die Gewerkschaften des Regierungspräsidenten von Halle in Potsdam zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ist bereits vollzogen. Der neue Oberpräsident ist ein Kofe des Sozialistens. Derzeit ist er mit der Schloß der Abgeordneten beschloß.

Der deutsche Reichstag gegen den Widerstand geistiger Kreise wurde, wie gemeldet, am 28. September 20. Jahresversammlung, die im Reichstagsgebäude tagte, Subjunktions-Regierung an den Kaiser und die Kaiserin. Darauf ist vom Kaiser folgenden Antwort-Telegramm eingegangen:

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchstdinglich über die Regierung der 20. Jahresversammlung des deutschen Reiches gegen den Widerstand geistiger Kreise getraut und lassen für diesen Ausdruck treuer Ergebenheit bezeugen. Seine Majestät beglückwünschen die Bestrebungen des Reiches mit warmen Interesse und wünschen der dem Wohlstand gewinnenden Arbeit des Reiches gegenständlichen Erfolg. Als allerhöchsten Befehl der Heilige Kabinettsrat v. Kucanov.

Den der Kaiserin ist folgendes Antwort-Telegramm bei dem Vorsitzenden des Reiches, Herrn Senatpräsidenten Dr. v. Strauß und Lorenz, ein:

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin lassen der 20. Jahresversammlung des deutschen Reiches gegen den Widerstand geistiger Kreise für die dargebrachten Glückwünsche Allerhöchstdinglichen Dank ausprechen. Graf v. Müllern, Kammerherr.

Die „Raffelbande“. In der großen Anlaufschritt, die Rebel vor dem Dresdener Parteitag gegen die Revisionisten in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hatte, war darauf hingewiesen, daß dem Tode der sogenannten Allen von manchen mit Hoffnung, von anderen mit Befürchtungen entgegenzusehen werde, daß aber weder die Hoffnungen entgegenzusehen, noch die Befürchtungen der anderen in Erfüllung gehen würden. Nun liefert „Genosse“ Mehring den Kommentar zu diesen Befürchtungen. Danach hat ein Gewerksmann Mehring in revisionistischen Kreisen folgende Aeußerung gehört: „Ist Rebel einmal tot, so schmeißen wir die ganze Raffelbande aus der Partei hinaus.“ Diese Aeußerung ist nun ohne Zweifel Mehring dem Parteiführer hinterbracht und sie war die eigentliche Ursache der Befürchtungen der Revisionisten gegen die Revisionisten. Rebel will dem „Genossenschaftlichen“ vorkommen; er will die Stellung der „Raffelbande“ auch nach seinem Tode gesichert wissen. Ob in dieses Ziel erreichen werde, ist aber fraglich; in rumänischen Parteien hält sich eine Führerschaft nur so lange an dem Parteie, wie sie die Macht dazu hat. Wieviel gelohnt es Rebel — ebenso wie es Lieblich gelungen war — schon bei Begegnen abzumitteln, dann war freilich dem „Aus-schmeißen der Raffelbande“ der Weg geboten. Es käme aber dann auch nur eine andere „Raffelbande“ an Huber.

Die bürgerliche Demokratie als Selbstherrin der Sozialdemokratie. In den kritischen Zeiten der Sozialdemokratie, als sie unter dem Sozialistengesicht stand, hat sich die bürgerliche Demokratie als Selbstherrin der Bedrängten sehr bewährt. Mehring macht in seiner letzten erschienenen Verteidigungsschrift auf diese halb vergessene Tatsache aufmerksam. Er glaubt aus, daß unter seiner Chefredaktion „Genosse“ Sozialdemokratischer Mitarbeiter der Berliner „Volkzeitung“ gewesen sei. Mehring übernahm Sozialdemokratischer als Mitarbeiter von seinem Vorgänger Wilhelm,

